

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/832

Der Chef der Staatskanzlei
des Landes Schleswig-Holstein
Der Bevollmächtigte des Landes
Schleswig-Holstein beim Bund



Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Vorsitzenden des Europaausschusses
Herrn Peter Lehnert, MdL
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Postfach 7121
24171 Kiel

15. Februar 2013

Sehr geehrter Herr Lehnert,

Ihrem Wunsch entsprechend übermittle ich Ihnen in der Anlage einige Hinweise zu wichtigen und / oder für das Land Schleswig-Holstein besonders relevanten Tagesordnungspunkten der 907. Bundesratssitzung am 01.03.2013 auf der Grundlage der vorläufigen Tagesordnung, die ich Ihnen ebenfalls beigefügt habe.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Studt

Anlagen

Hinweis: Der vollständige Umdruck kann im Ausschussbüro - Zi. 138 - eingesehen und über das Internetangebot des Landtages unter sh-landtag.de->Dokumente->Umdrucke eingesehen werden.

Entwurf

Tagesordnung

der

907. Sitzung des Bundesrates

am Freitag, dem 1. März 2013, 9.30 Uhr

1. Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags

gemäß Artikel 107 Absatz 1 Satz 4,
Artikel 109 Absatz 4 und
Absatz 5 Satz 3 sowie
Artikel 109a GG
Drucksache 71/13
Ausschussbeteiligung

- Fz -

2. Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge (Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz - AltvVerbG)

gemäß Artikel 105 Absatz 3 und
Artikel 108 Absatz 5 GG
Drucksache 72/13
Ausschussbeteiligung

- Fz - AS - Wi -

3. Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes (Ehrenamtsstärkungsgesetz)

gemäß Artikel 105 Absatz 3 und
Artikel 108 Absatz 5 GG
Drucksache 73/13
Ausschussbeteiligung

- Fz - In -

4. Gesetz zur Weiterentwicklung der Krebsfrüherkennung und zur
Qualitätssicherung durch klinische Krebsregister
(Krebsfrüherkennungs- und -registergesetz - KFRG)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 74/13
Ausschussbeteiligung

- G -

5. Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 75/13
Ausschussbeteiligung

- In -

6. Gesetz zur Änderung personenstandsrechtlicher Vorschriften
(Personenstandsrechts-Änderungsgesetz - PStRÄndG)

gemäß Artikel 84 Absatz 1
Satz 5 und 6 GG
Drucksache 76/13
Ausschussbeteiligung

- In -

7. Gesetz zur Reform der elterlichen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 77/13
Ausschussbeteiligung

- R -

8. Gesetz zur Änderung versicherungsrechtlicher Vorschriften

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 78/13
Ausschussbeteiligung

- R -

9. Gesetz zum Schutz des Erbrechts und der Verfahrenseteiligungsrechte nichtehelicher und einzeladoptierter Kinder im Nachlassverfahren

gemäß Artikel 104a Absatz 5 Satz 2 GG
Drucksache 79/13
Ausschussbeteiligung

- R -

10. Gesetz zur Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 80/13
Ausschussbeteiligung

- U -

11. Gesetz zur Modernisierung des Außenwirtschaftsrechts

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 81/13
Ausschussbeteiligung

- Wi -

12. Gesetz zu dem Protokoll vom 16. Mai 2012 zu den Anliegen der irischen Bevölkerung bezüglich des Vertrags von Lissabon

gemäß Artikel 23 Absatz 1 Satz 2 GG
Drucksache 82/13
Ausschussbeteiligung

- EU -

13. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Finanzgerichtsordnung

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Saarlandes
Drucksache 40/13
Ausschussbeteiligung

- R - AS - Fz -

14. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Rheinland-Pfalz
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 90/13

15. Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung des Wahlrechts behinderter Menschen

Antrag des Landes Rheinland-Pfalz
Drucksache 49/13
Ausschussbeteiligung

- In - AS -

16. Entschließung des Bundesrates zur Bekämpfung des Abmahnmissbrauchs

Antrag des Landes Nordrhein-
Westfalen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 91/13

17. Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Rechtsvorschriften des Bundes infolge des Beitritts der Republik Kroatien zur Europäischen Union

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 28/13
Ausschussbeteiligung

- EU - AS - In -

18. Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag vom 14. Dezember 2012 über die abschließende Aufteilung des Finanzvermögens gemäß Artikel 22 des Einigungsvertrages zwischen dem Bund, den neuen Ländern und Berlin (Finanzvermögen-Staatsvertrag) und zur Änderung der Bundeshaushaltsordnung

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 29/13
Ausschussbeteiligung

- Fz -

19. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 30/13
Ausschussbeteiligung

- Fz - In - Wi -

20. Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Professorenbesoldung und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften (Professorenbesoldungsneuregelungsgesetz)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 50/13
Ausschussbeteiligung

- In - Fz - K -

21. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und anderer Gesetze

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 31/13
Ausschussbeteiligung

- Vk - In -

22. Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des gesetzlichen Messwesens

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 32/13
Ausschussbeteiligung

- Wi - AS - Fz -
- U -

23. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 617/11¹
zu Drucksache 617/11
Ausschussbeteiligung

- EU - AV - R -
- Wi -

24. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Konzessionsvergabe

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 874/11²
zu Drucksache 874/11
Ausschussbeteiligung

- EU - In - U -
- Wi - Wo -

¹ Wiederaufnahme der Beratungen in EU, AV und R.
(Vgl. Drucksache 617/11 (Beschluss) und Drucksache 274/12.)

² Wiederaufnahme der Beratungen in EU, In, Wi und Wo.
(Vgl. Drucksache 874/11 (Beschluss), Drucksache 874/11 (Beschluss) (2) und Drucksache 785/12.)

25. Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 994/98 des Rates vom 7. Mai 1998 über die Anwendung der Artikel 92 und 93 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft auf bestimmte Gruppen horizontaler Beihilfen und der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 761/12
Ausschussbeteiligung

- EU - AV - Fz -
- In - K - U -
- Vk - Wi -

26. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss über das Zollrisikomanagement und die Sicherheit der Lieferkette

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 17/13
Ausschussbeteiligung

- EU - Fz - Wi -

27. Verordnung zu dem Abkommen vom 17. Mai 2011 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen über das Büro des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 20/13
Ausschussbeteiligung

- AA -

28. Kostenverordnung für Maßnahmen bei der Beförderung gefährlicher Güter und Änderung der Kostenverordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 23/13
Ausschussbeteiligung

- Vk - Fz -

29. Verordnung zur Änderung der Anlage 1 des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (Zehnte Verordnung zur Änderung des ATP-Übereinkommens)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 24/13
Ausschussbeteiligung

- Vk -

30. a) Fünfundneunzigste Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung

gemäß § 27 Absatz 2 AWG
Drucksache 57/13
Ausschussbeteiligung

- Wi -

- b) Einhundertzehnte Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste
- Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung -

gemäß § 27 Absatz 2 AWG
Drucksache 58/13
Ausschussbeteiligung

- Wi -

31. Benennung eines Mitglieds für den Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

gemäß § 5 Absatz 1 BEGTPG
Antrag des Landes Rheinland-Pfalz
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 122/13

32. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Drucksache 70/13
Ausschussbeteiligung

- R -

vorl. TOP: 1

Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags

Initiative: Koalitionsfraktionen

Drs.: 71/13

Inhalt

Das Gesetz zielt darauf ab, die Regelungen des Fiskalvertrages vom 02.03.2012 innerstaatlich umzusetzen.

Die wesentliche Regelungen sind:

- Die Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit wird auf maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts festgeschrieben.
- Der Stabilitätsrat überwacht die Defizitobergrenze. Zur Unterstützung des Stabilitätsrates wird ein unabhängiger Beirat eingerichtet.
- Es erfolgt die Aufteilung der neu eingeführten Sanktionen zur Sicherung der Haushaltsdisziplin.
- Für die Schuldenregel des Bundes wird klargestellt, dass der kumulierte Saldo des Kontrollkontos zum 31.12. 2015 gelöscht wird.
- Die Ergebnisse des Zensus 2011 werden schrittweise in zwei Jahresstufen in die endgültigen Berechnungen der Ausgleichsjahre 2011 und 2012 einbezogen.

vorl. TOP: 2
Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge (Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz - AltvVerbG)

Initiative: Koalitionsfraktionen

Drs.: 72/13

Inhalt

Das Gesetz zielt darauf ab, die private Altersvorsorge zu fördern.

Dazu sind vorgesehen:

- Vereinfachungen und Förderungen bei der Eigenheimrente,
- Stärkung des Verbrauchers durch die Einführung eines standardisierten Produktinformationsblatts für Riester- und Rürup-Produkte,
- Förderung der kapitalgedeckten Altersvorsorge durch die Anhebung der Förderungsgrenze bei der Basisversorgung im Alter,
- Verbesserung des Erwerbsminderungsschutzes durch die Absicherung des Erwerbsminderungs- und Berufsunfähigkeitsrisikos über die staatlich geförderten Altersvorsorgeverträge.

vorl. TOP: 3

Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes

Initiative: Koalitionsfraktionen

Drs.: 73/13

Inhalt

Das Gesetz zielt darauf, das zivilgesellschaftliche Engagement durch Entbürokratisierung und Flexibilisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen zu erleichtern. Steuerbegünstigte Organisationen und ehrenamtlich Tätige sollen ihre gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgabe besser wahrnehmen können. Das Gesetz sieht dafür unter anderem in der Abgabenordnung Erleichterungen für die Zuführung ideeller Mittel in die freie Rücklage, und im Einkommenssteuer- und Zivilrecht Haftungsentschärfungen für die Ehrenamtlich Tätigen vor.

vorl. TOP: 16

Entschließung des Bundesrates zur Bekämpfung des Abmahnmissbrauches

Initiative: NW

Drs.: 91/13

Inhalt

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, der den auf der Grundlage des derzeitigen Urheberrechts stattfindenden Abmahnmissbrauch beendet. Insbesondere soll dieser darauf ausgerichtet sein, dass bei einmaligen geringfügigen Urheberrechtsverstößen der Gegenstandswert auf 500,- Euro begrenzt wird, um so Verhältnismäßigkeit der im Zuge der Abmahnung anfallenden Kosten zu wahren.

vorl. TOP: 24

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Konzessionsvergabe

Initiative: EU

Drs.: 874/11

Inhalt

Der Richtlinienentwurf enthält Bestimmungen für die Vergabe von Konzessionen (Bau- und Dienstleistungskonzessionen) durch klassische Auftraggeber und Sektorenauftraggeber. Neben diversen Begriffsbestimmungen (Konzession, Betriebsrisiko etc.) beinhaltet der Text Verfahrensgarantien und -regeln (Bekanntmachung im EU-Amtsblatt ab einem Vertragswert größer/ gleich 5.000.000 € Basisvorgaben zur Auswahl- und Zuschlagkriterien), schreibt aber kein bestimmtes Vergabeverfahren vor. Die (vergaberechtsfreie) öffentlich- öffentliche Zusammenarbeit wird in Anlehnung an die EuGH-Rechtsprechung kodifiziert und ein Rechtsschutz wie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eingeführt.

Öffentlich diskutiert wird aktuell vor allem über die Konzessionsvergabe hinsichtlich der Wasserversorgung.